

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Kreistages Friesland am 26.05.2026 im
Feuerwehrtechnische Zentrale (großer Lehrsaal), Wangerländische Straße 40,
Jever

Beginn: 16:38 Uhr

Ende: 18:51 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Osterloh, Uwe

Mitglieder

Ambrosy, Sven

Beckmann, Sina

Bergfeld, Christian

Berner, Christian

Bruns, Isabel

Burgenger, Uwe

Busch, Sigrid

Buß, Manfred

Ender, Anja

Esser, Martina

Funke, Karl-Heinz

Gburreck, Fred

Haesihus, Heiner

Homfeldt, Axel

Janßen, Dieter

Jensen, Katharina

Just, Janto

Kaiser-Fuchs, Marianne

Kruse, Timmy

Kück, Anke

Kühne, Lars

Lammers, Anke

Lies, Olaf

Möller, Jan Ole

Möller, Siemtje

Neugebauer, Axel

Ramke, Annika

Ratzel, Gerhard

Recksiedler, Raimund

Schürgers, Uwe

Sieckmann, Heinke

Online-Teilnahme

Online-Teilnahme, abwesend von 17:54 Uhr bis
18:33 Uhr (im Verlauf von TOP Ö 6.1.3)
abwesend ab 18:49 Uhr (TOP Ö 6.1.5)

abwesend ab 18:51 Uhr (TOP Ö 12)

anwesend bis 18:51 Uhr (einschließlich TOP Ö
13.1)

Online-Teilnahme

Online-Teilnahme, abwesend ab 18:49 Uhr (TOP
Ö 6.1.5)

Online-Teilnahme

Online-Teilnahme, anwesend ab 17:28 Uhr (TOP
Ö 6.1.3) bis 18:47 Uhr (TOP Ö 6.1.4)

abwesend ab 18:49 Uhr (TOP Ö 6.1.5)

Online-Teilnahme

abwesend ab 18:49 Uhr (TOP Ö 6.1.5)

Online-Teilnahme

Sudholz, Melanie
Tammen, Reiner

Online-Teilnahme, anwesend ab 17:05 Uhr (TOP
Ö 6.1.2) bis 18:48 Uhr (TOP Ö 6.1.4)

Theemann, Hendrik
Weidemann, Wolfgang
Wiesner, Jannes
Wilken, Wilhelm
Wittke, Agnes
Zerth, Britta

Online-Teilnahme

Teilnehmer/in des JuPa FRI
Osewold, Jonas

Online-Teilnahme, abwesend ab 18:09 Uhr (TOP
Ö 6.1.3)

Angehörige der Verwaltung
Desenz, Romina
Duit, Sarah
Niebuhr, Bernd

Gäste

Albers, Jan Edo
Horn, Tammo
Wagner, Gerd-Christian

Bürgermeister Stadt Jever (Grußworte)
medoplan GmbH, bis 18:51 Uhr (TOP Ö 13.1)
Bürgermeister Stadt Varel, bis 18:51 Uhr (TOP Ö
13.1)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Kreistagsabgeordneten, die Herren Bürgermeister Albers und Wagner, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Bürgerinnen und Bürger.

TOP 1.1 Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Jever

Herr Bürgermeister Albers richtet Grußworte an den Kreistag.

Auch im nördlichen Kreisgebiet werde sehr genau auf die Entwicklungen am Standort des St. Johannes-Hospitals in Varel geachtet, weil man am Ende auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung im gesamten Kreisgebiet angewiesen sei.

Angesichts der endenden Wahlperiode dankt Herr Bürgermeister Albers den Kreistagsabgeordneten für ihr ehrenamtliches Engagement und den damit verbundenen Einsatz für die Demokratie.

Abschließend wünscht Herr Bürgermeister Albers einen guten Sitzungsverlauf mit weissen Beschlüssen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh stellt anschließend die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 08.04.2026

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 08.04.2026 wird genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 21.05.2026

TOP 6.1.1 Resolution „Rettet die Kommunen!“ Vorlage: 1339/2026

Herr KTA Möller beantragt, den Resolutionstext zu ändern und in Absatz 2 das Wort „ungebremst“ bezüglich der steigenden Sozialausgaben zu streichen. In dem Sinne beantragt Herr KTA Möller zudem in Punkt 3 der Forderungen, den Fokus stärker auf eine auskömmliche Finanzierung und nicht auf eine Reformierung der Sozialleistungen zu legen.

Herr Landrat Ambrosy erläutert, es handele sich bei den Resolutionen zu TOP 6.1.1 und TOP 6.1.2 um Texte des NLT, die unter den Kommunen abgestimmt seien. Er verdeutlicht, dass die Sozialausgaben auf kommunaler Ebene jährlich um 5 % bis 10 %, in der Jugendhilfe auch bis zu 20 %, und somit ungebremst, steigen. Das kommunale Defizit belaufe sich bundesweit auf rund 32,8 Mrd. €. Der Hauptadressat der Resolution sei der Bund. Da es aber zwischen den Kommunen und dem Bund keine direkte, verfassungsrechtliche Verbindung gibt, müsse das Land seine Patronatsstellung für die Kommunen gegenüber dem Bund ausüben.

Herr KTA Wiesner teilt für die Mehrheitsgruppe mit, man wende sich aber nicht per se gegen (steigende) Sozialausgaben, sondern man setze sich dafür ein, dass die Finanzierung der steigenden Ausgaben durch eine Reform des Finanzierungswesens hinreichend gedeckt werden. Gleichzeitig müsse das Konnexitätsprinzip streng einhalten werden.

Herr KTA Funke erklärt, zum Problemkreis gehöre dazu, dass in den letzten Jahren eine indirekte Schwächung der Kommunen durch die Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Kanzler erfolgt sei. In seiner Funktion werde der Vermittlungsausschuss des Bundesrates somit ausgehöhlt. Dies sei eine bedenkliche Entwicklung.

Frau KTA Möller bestätigt den Wortbeitrag von Herrn KTA Funke und erläutert den Hintergrund der Aufwertung der Ministerpräsidentenkonferenz im Rahmen der Pandemie.

Frau KTA Esser kommt auf die vorgeschlagenen Änderungen der Resolution, die sie mittrage, zurück. Die Lasten seien nicht gerecht verteilt und sie kritisiert, dass der Gestaltungsspielraum der Kommunen zusammenschrumpfe.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh stellt die Resolution mit den von Herrn KTA Möller beantragten Änderungen zur Abstimmung.

Es ergeht sodann folgender

Beschluss (in Abänderung des Beschlussvorschlages):

Der Kreistag beschließt die Resolution „Rettet die Kommunen!“.

(Der geänderte Resolutionstext liegt der Niederschrift an; Anlage.)

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja:	27
Nein:	4
Enthaltung:	7

**TOP Resolution „Bund, Hände weg vom Rettungsdienst!“
6.1.2 Vorlage: 1340/2026**

Herr Landrat Ambrosy führt aus, der Rettungsdienst sei leistungsstark und bislang auskömmlich finanziert. Ziel des Bundes sei, den Rettungsdienst über Qualitätsmerkmale zu steuern und über Regulationsmöglichkeiten zu sparen. Es gebe laut Herrn Landrat Ambrosy keine Gründe, dem Ansinnen des Bundes Rechnung zu tragen. Die derzeitige Qualität des Rettungsdienstes erfordere keine Veränderungen, die Rettungsdienste werden bereits evaluiert und von der Kommunalpolitik erfolgreich über den Rettungsdienstbedarfsplan gesteuert.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Resolution „Bund, Hände weg vom Rettungsdienst!“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	2

**TOP Perspektive Standort Varel: Zukunftsstruktur und Neuausrichtung
6.1.3 des Standortes Varel – Errichtung des Gesundheitscampus Varel**

Herr Landrat Ambrosy führt aus, seit 2,5 Jahren werde nach dem richtigen Weg für den Gesundheitsstandort Varel gesucht; es habe sich um eine schmerzhaft Diskussion und Entwicklung, ausgelöst durch die zentralisierende Wirkung der Leistungsgruppen, gehandelt. Die bisherigen Lösungsvorschläge haben allesamt keine qualifizierte Mehrheit im Kreistag gefunden. Es müsse aber endlich eine Perspektive aufgebaut und ein Weg aufgezeigt werden, wie der Standort Varel stabilisiert werden könne. Dies beinhalte auch die Fachklinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, die per Gesetz bis zum 31.12.2030 (im Einvernehmen mit den Krankenkassen wäre eine Verlängerung um weitere 3 Jahre möglich) betrieben werden kann. Es handle sich bei dem Beschlussvorschlag für die Errichtung des Gesundheitscampus Varel um einen klassischen Kompromiss, bei dem sich alle Akteure bewegen und an ihre Grenzen gehen mussten. Das Zielbild sei Grundlage für weitere Prüfaufträge und weitere Arbeiten (z. B. Vergabe und Beihilfe = rechtliche Prüfung, Gesellschaftervertrag, Business Case). Herr Landrat Ambrosy bittet, dem Konzept eine Chance zu geben und bittet um Zustimmung.

Herr KTA Homfeldt erläutert den Antrag der CDU-Fraktion (Anlage). Kritisch sei, dass mit dem Prüfauftrag gemäß Beschlussvorschlag die Abgabe von KV-Sitzen verbunden ist und bereits morgen der Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) tagt. Die KV-Sitze stellen einen betriebswirtschaftlichen Wert dar, der aus der Hand gegeben würde. Bezüglich des geplanten Gesundheitscampus Varel gebe es noch keine Unterlagen, die eine belastbare Entscheidung möglich machen, um Vermögenswerte abzugeben. Es liege zwar eine Absichtserklärung der medoplan GmbH vor, dass die KV-Sitze ggf. wieder zurückgegeben werden; diese Entscheidung obliegt aber dem Zulassungsausschuss der KVN und es sei somit nicht garantiert, dass die evtl. abgegebenen KV-Sitze - Werte der Bürgerinnen und Bürger - ihren Weg zurück zu der Friesland Kliniken gGmbH finden. Er reduziert bzw. wandelt den Antrag der CDU-Fraktion entsprechend ab, dass das Konzept für den Gesundheitscampus Varel geprüft werde, aber über die KV-Sitze erst gesprochen wird, wenn das Ergebnis der Prüfungen vorliegt. Weiter führt Herr KTA Homfeldt zum zweiten Teil des Antrages der CDU-Fraktion aus, dass der Plan B der Geschäftsführung der Friesland Kliniken gGmbH noch nicht diskutiert worden sei. Dieser Plan B soll den Ergebnissen der Prüfung des Zielbildes vergleichend gegenübergestellt werden, damit der Kreistag die Möglichkeit erhalte, die Ergebnisse wirklich bewerten zu können. Das Thema betreffe nicht nur die Stadt Varel, sondern sämtliche kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die über die Kreisumlage seit Jahren das Defizit der Friesland Kliniken mittragen.

Herr KTA Theemann sieht die Aufgabe, die Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Friesland zu verbessern. Die Kreisverwaltung habe einen Beschlussvorschlag vorgelegt, der unterschiedlichste Bereiche einer neuen Struktur am Standort Varel betreffe. Neben guten Dingen wie das AOZ und MVZ seien aber auch Punkte in der Vorlage enthalten, die man noch diskutieren und mit Kosten beziffern müsse. Die betrieblichen Risiken lägen in erheblicher Form weiterhin beim Landkreis Friesland. Die Defizite seien durch die Gutachten von pwc und WMC bekannt und dennoch soll der Betrieb so lange wie möglich aufrechterhalten werden. Zudem sollte aus Sicht von Herrn KTA Theemann der (zukünftige) Behandlungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger handlungsleitend sein. Nach Einschätzung der FDP-Fraktion habe die Vorlage nicht die erforderliche Reife, um in dieser Form beschlossen zu werden. Deshalb habe die FDP-Fraktion u. a. beantragt (Anlage), den Zeitdruck herauszunehmen und die Übertragung der KV-Sitze nicht zu vorzunehmen. Zudem soll die Verwaltung beauftragt werden, die notwendigen Schritte für die rechtliche und wirtschaftliche Ausarbeitung einer Umsetzung der Gesundheitscampus Varel GmbH (z. B. Business Case, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Konzepte) vorzulegen. Darüber hinaus sollte Schritt für Schritt für eine gute Gesundheitslösung am Standort Varel entschieden werden.

Herr KTA Wiesner äußert, der Kreistag trage auf Grund der Brisanz der heutigen Entscheidung eine große Verantwortung. Aus seiner Sicht lege das Konzept, den Fokus auf das, was beschlossen werden soll. Es gebe einen ganz konkreten Wortlaut, ein

Eckpunktepapier - in dessen Richtung ein weiteres Vorgehen zu veranlassen sei - und eine Stoßrichtung, in die es gehen soll. Der Kreistag habe die Verantwortung nicht nur die Gesundheitsversorgung für die Menschen in der Stadt Varel, sondern im gesamten Kreisgebiet, aufrechtzuerhalten.

Herr KTA Wiesner verstehe die Bedenken, weil noch kein Gesamtkonzept vorliege, jedoch benötigen die Verwaltung und die Geschäftsführung der Friesland Kliniken gGmbH einen Prüfauftrag, in welche Richtung es überhaupt gehen soll. Die Bedenken hinsichtlich der Übertragung der KV-Sitze teilt Herr KTA Wiesner nicht. Über die Absichtserklärung hinaus gebe es eine Geschäftsgrundlage und bei Wegfall dieser würde auch keine Übertragung erfolgen; auch wenn die letztendliche Entscheidung beim Zulassungsausschuss liegt. Aus seiner Sicht sei es nicht sinnvoll, verschiedene Konzepte noch gegenüberzustellen. Es liege mit dem Beschlussvorschlag ein Plan A vor; Plan B komme erst zum Zuge, sollte Plan A scheitern. Im Namen der SPD-Fraktion sagt Herr KTA Wiesner, dass ein sehr gutes Beschlusspapier bzw. Gesundheitskonzept vorliege und ein Gesundheitscampus vorgestellt werde, der seinem Namen auch gerecht werde.

Frau KTA Esser stellt fest, dass man fraktionsübergreifend an einer Lösung für den Standort Varel interessiert sei. Es gebe aus ihrer Sicht gute Gründe, dies gemeinsam mit der Stadt Varel und einem erfahrenen Investor zu versuchen. Frau KTA Esser begrüßt, auch mit Blick in Richtung Zentralklinik, dass der Gesundheitscampus Varel perspektivisch auch ohne eine Beteiligung des Landkreises Friesland funktionieren könne. Im Bezug auf die KV-Sitze sei man innerhalb der Mehrheitsgruppe nicht einer Meinung und sie hoffe, einen Konsens zu finden; sie habe den Vorbehalt, dass eine Übertragung nicht zum Schaden des Unternehmens führen darf. Frau KTA Esser äußert die dringende Bitte, im Einvernehmen mit der Stadt Varel und medoplan GmbH, die Übertragung der KV-Sitze nicht „scharf zu schalten“. Im Anschluss trägt Frau KTA Esser die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor (Anlagen).

Frau KTA Zerth mahnt im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Patientinnen der Gynäkologie und Geburtshilfe eine rasche Entscheidung an.

Herr KTA Funke führt aus, jeder Kompromiss sei schmerzhaft; auch dieser. Für ihn sei Geschäftsgrundlage, was vorgelegt worden sei. Ein Teil dessen, was laut den Anträgen der Fraktionen geprüft und vorgelegt werden soll, komme ohnehin automatisch auf die Politik zu. Herr KTA Funke warnt vor dem 31.07.2026 als wichtiges Datum, weil entscheidende Ärzte abspringen könnten. Laut Herrn KTA Funke sei es nicht zufriedenstellend, dass für die Gynäkologie und Geburtshilfe nur eine Bestandsgarantie bis zum 31.12.2030 gegeben werden könne; ggf. wäre weiterhin eine „Anreicherung“ mit einer Kinder- und Jugendpsychiatrie etc. wie bereits von der Fraktion Zukunft Varel in der Vergangenheit beantragt, möglich. Abschließend spricht Herr KTA Funke an, dass das „Durcheinander“ in der Krankenhausdiskussion die Menschen verwirre; er kündigt an, dass die Fraktion Zukunft Varel dem Beschlussvorschlag ausdrücklich zustimmen werde.

Frau KTA Kück weist darauf hin, dass die Gesundheitsversorgung in Deutschland vor großen Veränderungen stehe, dies spüren die Menschen in Varel in den letzten Jahren sehr deutlich und schmerzhaft. Das Krankenhaus in Varel werde es in gewohnter Form nicht mehr geben. Und selbst bei unbegrenzten finanziellen Mitteln würden auf Dauer die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen, die die Patientinnen und Patienten versorgen. Daher habe man sich im Jahr 2025 auf den Weg zu einem Zentralklinikum gemacht. Und gleichzeitig habe man beschlossen, dass es für die Übergangszeit gute Regelungen für die Versorgung der Menschen im südlichen Kreisgebiet geben müsse; und genau dies setze man laut Frau KTA Kück mit der Errichtung des Gesundheitscampus Varel um. Der Beschluss sei eine echte Chance für die Region. Man sei in der Pflicht, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort Varel, die dem Haus in schwierigen Zeiten die Treue gehalten haben, eine Alternative zu bieten und diese nicht weiter zu enttäuschen und zu trösten. Frau KTA Kück freue sich, dass die Gynäkologie und Geburtshilfe bis zum 31.12.2030, ggf. mit Option zur Verlängerung, bestehen bleibt. Ihr ganz persönlicher Wunsch sei, auch wieder eine Notfallversorgung in Varel möglich zu machen.

Frau KTA Sudholz zeigt sich irritiert, dass den geäußerten Belangen, Befürchtungen und Sorgen keine Rechnung getragen werde. Man müsse den Menschen eine Perspektive bieten, aber nicht mit einem Strukturpapier bzw. einer Idee ohne Zahlen, Daten und Fakten. Aus ihrer Sicht sei es ehrlicher, sämtliche Entscheidungsgrundlagen vorab einzuholen, um darauf basierend eine verlässliche Entscheidung zu treffen. An den KV-Sitzen hängen nicht nur finanzielle Belange, sondern Menschen, Arbeitsaufträge und Aufgaben. Es sei bereits absehbar, dass der 01.07.2026 nicht haltbar sei und auch die Infrastruktur für eine Übertragung der KV-Sitze liege nicht vor. Aus Sicht von Frau KTA Sudholz gebe es keinen Grund, die KV-Sitze jetzt zu übertragen; dies könne, um gesichert in den Zulassungsausschuss zu gehen, mit den erforderlichen Verträgen und Unterlagen zu späterer Zeit erfolgen.

Herr Landrat Ambrosy erinnert, die Politik habe ganz am Anfang der Diskussion um den Standort Varel gewünscht, jeden Schritt vorgelegt zu bekommen, und sich vorbehalten, jederzeit einzugreifen. Es gebe somit kein Konzept, sondern ein Zielbild, auf dessen Basis ein Konzept entwickelt werden soll. Natürlich versuche man bezüglich der KV-Sitze Sicherheiten zu organisieren (Kaufvertrag mit Rückkaufoption, unterzeichnete Absichtserklärung der medoplan GmbH, Vorbehaltsbeschluss durch den ZA der KVN). Herr Landrat Ambrosy verdeutlicht, dass sich der Landkreis Friesland das jährliche Defizit in Höhe von rund 10,8 Mio. € auf Dauer nicht leisten könne. Aufgabe der Management GmbH sei, dieses Minus abzubauen. Herr Landrat Ambrosy bittet, den Beschluss, auf dessen Grundlage weiter aufgebaut werden könne, herbeizuführen.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh unterbricht für Wortbeiträge von Herrn Bürgermeister Wagner und Herrn Horn die Sitzung von 18:10 Uhr bis 18:20 Uhr.

Herr Bürgermeister Wagner bittet inständig, die vorliegende Chance sehr ernst zu nehmen. Er habe in den letzten Wochen mit vielen Menschen in Varel gesprochen, die eine positive Begleitung auf dem Weg, der heute beschlossen werden soll, zugesagt haben. Es gebe positive Signale aus der Wirtschaft, von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die beteiligten Akteure haben mit der Vorlage eine sehr gute Option vorgestellt, die natürlich noch mit Leben gefüllt werden müsse; alle seien mit mehr als 100 % Energie dabei. Abschließend bittet Herr Bürgermeister Wagner um eine positive Entscheidung für das südliche Kreisgebiet und letztendlich auch für den gesamten Landkreis Friesland.

Herr Horn informiert, dass bezüglich der Übertragung der KV-Sitze der November-Termin der Sitzung des Zulassungsausschusses aus verschiedenen Gründen nicht haltbar sei. Sollte somit in der morgigen Sitzung des Zulassungsausschusses keine Übertragung erfolgen, verzögern die Planungen in das Jahr 2027. Zudem können KV-Sitze nur übertragen werden, wenn auf diesen Ärzte arbeiten; sollten Ärzte kündigen und die KV-Sitze 6 Monate unbesetzt bleiben, werden die KV-Sitze von der KVN eingezogen. Herr Horn betont, dass die medoplan GmbH nicht nur KV-Sitze erhalte (mit entsprechenden Kaufverträgen), sondern weitere KV-Sitze einbringen werde, um den Gesundheitscampus Varel weiterzuentwickeln. Letztendlich werden die zu übertragenden KV-Sitze für die MVZ-Zulassung benötigt; und ohne MVZ können die Landesmittel für den Aufbau von RVZ nicht in Anspruch genommen werden. Aus Sicht von Herrn Horn sei der 01.07.2026 durchaus halt- und machbar. Für jeden Bereich liegen Business Cases etc. vor, die Herr Horn nach entsprechender Beschlussfassung zur Verfügung stellen werde.

Herr KTA Ratzel, erinnert an die Übernahme des St. Johannes-Hospitals durch den Landkreis Friesland. Damals seien alle Kreistagsabgeordneten euphorisch gewesen, die Gesundheitsversorgung im südlichen Kreisgebiet aufrechtzuerhalten. Man müsse jetzt das Beste aus der Situation machen und der Auftrag, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, sei nach wie vor vorhanden. Herr KTA Ratzel betont, wie viel Arbeit in die Planungen für den Gesundheitscampus Varel geflossen sei; ein Großteil für den

Landkreis Friesland habe der Landrat geleistet, wofür sich Herr KTA Ratzel bedankt. Es liege jetzt ein Ergebnis vor, das keiner erwartet hätte (z. B. die Beteiligung der Stadt Varel) und dies gebe Hoffnung auf die Zukunft. Die FDP-Fraktion habe zwar einen Antrag gestellt, aber Herr KTA Ratzel werde der Vorlage und dem Beschlussvorschlag zustimmen, weil die Abgabe von 3 bzw. netto 2 KV-Sitzen aus seiner Sicht nicht entscheidend sei.

Frau KTA Busch sagt, es handele sich für sie um einen guten und tragbaren Weg. Sie kündigt an, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Frau KTA Möller stellt einen Antrag auf Schluss der Rednerliste, der mehrheitlich angenommen wird.

Herr KTA Homfeldt bittet um Klarstellung, ob nunmehr ein strukturell verändernder Beschluss gefasst, für den eine 2/3-Mehrheit erforderlich sei, oder ein Prüfauftrag erteilt werden soll. Herr KTA Homfeldt bittet nicht vorzugeben, dass der geplante Gesundheitscampus auch so wie dargestellt kommen werde. Bei Erteilung eines Prüfauftrages sei das Ergebnis völlig offen; insbesondere da die rechtlichen Fragestellungen (z. B. beihilfe- und vergaberechtlich) wie auch finanzielle Fragen nicht so einfach zu klären seien. Man stehe also wieder am Anfang eines Prozesses. Herr KTA Homfeldt bittet Herrn Landrat Ambrosy dem Kreistag das heutige Votum des Aufsichtsrates der Friesland Kliniken gGmbH mitzuteilen und die rechtliche Bewertung durch Frau Dr. Nottbusch zur Verfügung zu stellen. Abschließend bittet Herr KTA Homfeldt, die KV-Sitze nicht zu übertragen.

Herr KTA Schürgers glaubt, dass sich alles in einem laufenden Prozess ergeben werde. Sollten sich im Verlauf irgendwelche Schwierigkeiten herausstellen, sei noch genug Zeit diese zu klären.

Frau KTA Beckmann fasst zusammen, dass alle Kreistagsabgeordneten eine gute Gesundheits- und Krankenversorgung für den Landkreis Friesland wollen, die jeweiligen Lösungsansätze und Lösungswege aber unterschiedlich aussehen. Sie zeigt sich irritiert und verwundert über die Wortmeldung von Herrn Horn, dass Business Cases und Zahlen vorliegen, diese aber erst nach einem Beschluss vorgelegt werden. Frau KTA Beckmann hinterfragt, wie ohne vernünftige (Zahlen-)Grundlage entschieden werden soll und betont, dass die Kreistagsabgeordneten Verantwortung haben und eine gute Entscheidungsgrundlage benötigen. Das vorgelegte Konzept werde grundsätzlich anerkannt. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe daher beantragt, dass die Verwaltung in die weitere Prüfung geht; dies aber nicht gekoppelt an die Abgabe der KV-Sitze in der morgigen Sitzung des Zulassungsausschusses, das sei für Frau KTA Beckmann noch zu früh.

Herr Landrat Ambrosy antwortet auf die ihm gestellten Fragen. Er geht vom Einverständnis des Aufsichtsrates aus, in der Sitzung des Kreistages über das Votum des Aufsichtsrates zu berichten. In der Sitzung des Aufsichtsrates habe Herr Landrat Ambrosy dafür geworben, erst den Beschluss des Kreistages abzuwarten, da ein Beschluss des Aufsichtsrates nicht die Entscheidung des Kreistages konterkarieren dürfe. Dieser Vorschlag sei mehrheitlich abgelehnt worden. Trotz der 3 genannten Sicherungsoptionen habe sich der Aufsichtsrat mehrheitlich gegen eine Abgabe der KV-Sitze zu diesem Zeitpunkt entschieden; Herr Landrat Ambrosy hat an der Abstimmung aus kommunalverfassungsrechtlichen Gründen nicht teilgenommen. Die Gesellschafterversammlung hat den Vorschlag des Landrates mit 4:1 Stimmen angenommen. Bezüglich der Unterlagen von Frau Dr. Nottbusch bestätigt Herr Landrat Ambrosy, dass diese den Kreistagsabgeordneten noch zur Verfügung gestellt werden (Anlage - nichtöffentlich).

Herr KTA Homfeldt zieht den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh lässt über den Antrag der FDP-Fraktion, der von der CDU-Fraktion unterstützt wird, abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung und die Geschäftsführung der Friesland-Klinik gGmbH, die kassenärztlichen Sitze für die Friesland-Klinik gGmbH zu erhalten.

2. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte für die rechtliche und wirtschaftliche Ausarbeitung einer Umsetzung des Gesundheitscampus Varel GmbH mit den nachstehenden Eckpunkten und entsprechend des beigefügten Schaubildes vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja:	6
Nein:	25
Enthaltung:	7

(Frau KTA Ramke und Frau KTA Zerth haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Herr KTA Wiesner führt aus, man habe sich zuvor mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besprochen. Er fasst den Änderungsantrag zusammen und betont, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung unverändert bleibt.

Ergänzend zum dargestellten Prüfauftrag sollen insbesondere die finanziellen Auswirkungen der geplanten Strukturen, der Investitionsbedarf, Auswirkungen und Risiken für den Haushalt des Landkreises sowie Auswirkungen auf die konkreten Steuerungs- und Entscheidungsrechte der Gesellschafter mit überprüft werden.

Bezüglich des Geschäftsbesorgungsvertrages (vgl. Ziffer 8 in der Vorlage) sollen insbesondere auch arbeitsrechtliche Auswirkungen, Mitbestimmungsrechte sowie die frühzeitige Einbindung von Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat sichergestellt werden.

Bezüglich der Gynäkologie und Geburtshilfe (vgl. Ziffer 10 in der Vorlage) soll die Zeit bis zum Ablauf des 31.12.2030 genutzt werden, um unter Berücksichtigung der regionalen Versorgungsbedarfe sowie der Entwicklungen in benachbarten Regionen eine geordnete und tragfähige Transformationslösung für die zukünftige frauenmedizinische und geburtshilfliche Versorgung zu entwickeln.

Herr KTA Wiesner bittet zudem Herrn Landrat Ambrosy zu Protokoll zu geben, dass auch der Zulassungsausschuss zugesichert habe, dass die Abgabe der KV-Sitze unter Vorbehalt gestellt werden könne, für den Fall, dass das Konzept scheitert.

Herr Landrat Ambrosy gibt zu Protokoll, dass die entsprechende Korrespondenz mit der KVN bezüglich eines Vorbehaltes den Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt wird (Anlage - nichtöffentlich), zusätzlich wird im Kaufvertrag eine Rückabwicklung vereinbart und es liegt eine unterzeichnete Absichtserklärung der medoplan GmbH (Anlage - nichtöffentlich) vor.

Es ergeht sodann folgender

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung und die Geschäftsführung der Friesland Kliniken gGmbH, die notwendigen Schritte für die rechtliche und wirtschaftliche Ausarbeitung einer Umsetzung der Gesundheitscampus Varel GmbH mit den nachstehenden Eckpunkten und entsprechend des beigefügten Schaubildes zu veranlassen und vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja:	31
Nein:	6
Enthaltung:	1

(Frau KTA Ramke und Frau KTA Zerth haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

**TOP 6.1.4 Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen zur anteiligen Finanzierung des Standortgutachtens für ein Zentralklinikum
Vorlage: 1348/2026**

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Der Kreistag nimmt die Eilentscheidung des Kreisausschusses zur Kenntnis.

TOP 6.2 Bestellung eines neuen Vertreters des Betriebsrates im Aufsichtsrat der Friesland Kliniken gGmbH

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bestellung von Herrn Roman Grimm als Vertreter des Gesamtbetriebsrates im Aufsichtsrat der Friesland Kliniken gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung vom 15.04.2026

TOP 8.2 Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus vom 16.04.2026

TOP 9 Informationen aus dem Jugendparlament

TOP 10 Mitteilungen des Landrates

TOP 11 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 12 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung

TOP 13 Anregungen und Beschwerden

TOP 13.1 Persönliche Erklärung von Herrn KTA Homfeldt: Niederlegung des Mandats im Aufsichtsrat der Friesland Kliniken gGmbH

Herr KTA Homfeldt gibt die persönliche Erklärung ab, dass er sein Mandat im Aufsichtsrat der Friesland Kliniken gGmbH mit Ablauf der heutigen Sitzung des Kreistages niederlegt.

Uwe Osterloh
Kreistagsvorsitzender

Sven Ambrosy
Landrat

Sarah Duit
Protokollführerin

